

Religion und Aufklärung

Christliche Werte in der Politik

Auch im 21. Jahrhundert zeigt sich in vielen politisch-religiösen Konflikten, dass religiöse Wertvorstellungen oft nicht mit denen unserer „aufgeklärten“ Gesellschaft übereinstimmen. Wie sollen wir damit umgehen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir zuerst das Verhältnis von Religion und Ethik – also auch das von Glaube und Vernunft – klären.

von Johannes Grössl

Angela Merkel sagte im vergangenen Jahr bei einer Rede: „Wir fühlen uns dem christlichen Menschenbild verbunden, das ist das, was uns ausmacht.“ Außerdem meinte sie, wer das nicht akzeptiere, „der ist bei uns fehl am Platz“. Doch gibt es überhaupt eine einheitliche Vorstellung von diesem Menschenbild? Wodurch unterscheidet es sich vom Menschenbild der Aufklärung, vom Humanismus? Ist die Rede von christlich-abendländischen Wertvorstellungen, vom christlichen Menschenbild und von der religiösen Prägung unserer Kultur nur eine politische Floskel um Wählerstimmen einzufangen?

Merkels Rede wurde von Laiisten, Religionskritikern und Atheisten äußerst negativ bewertet. Gegen den Angriff, sie würde die Trennung von Staat und Kirche aufheben, muss man die Bundeskanzlerin aber verteidigen: Sie sprach ja nicht vom christlichen Glauben, sondern vom christlichen Menschenbild. Doch trifft ihre These wirklich zu? Selbst, wenn man von den negativen Seiten der christlichen Geschichte absieht und die Zehn Gebote oder die Lehren Jesu in den Vordergrund stellt, erkennt man einige Differenzen zwischen den als Menschenrechte verkündeten Normen und manch christlichen Lehren.

Dabei haben die Menschenrechte, auch wenn diese später teilweise gegen die Macht der Kirche durchgesetzt werden mussten, eindeutig christliche Wurzeln und sind schon im mittelalterlichen Naturrechtsgedanken angelegt. Naturrechte sind rein durch die Vernunft erkennbare Rechte und unabhängig von Religionszugehörigkeit oder göttlicher Offenbarung einsichtig

und verpflichtend. Diese naturrechtliche Tradition hatte auch politische Konsequenzen, denkt man nur an die päpstliche Bulle *Sublimis Deus* aus dem Jahr 1537, die die Versklavung der indianischen Ureinwohner von Amerika und prinzipiell aller Menschen verbot. Dabei verteidigte Papst Paul III auch das Recht aller Menschen auf Freiheit und Eigentum. Der Dominikanermönch Bartolomé de Las Casas

verwendete zu dieser Zeit den Begriff *Menschenrechte* in seinem Einsatz für die Rechte der Indios in Peru. Die auch die in der Kirche oft gebilligte Unterdrückung und Sklaverei schrieb Las Casas dem Einfluss der griechischen Philosophie zu: „Wenn Aristoteles behauptet hatte, es gebe Sklaven von Natur aus, umso schlimmer für die Philosophie dieses Heiden!“ Jeder Mensch habe das Recht, den christlichen Glauben kennenzulernen und sich frei dafür zu entscheiden; daraus folgen, so argumentierte Las Casas, grundlegende Menschenrechte.

Obwohl diese Rechte heute als selbstverständlich gelten, waren sie damals revolutionär und nur schwer gegen die politische Elite durchsetzbar, die ja von der Sklaverei und Kolonialisierung enorm profitierte. Insgesamt jedoch, so der Politikwissenschaftler Henning Ottmann, kann man Las Casas als einen „Vordenker der Rechte der Menschen und der Völker“ bezeichnen.

Die Begründung von Normen

Wie begründet man aber nun ethische Normen? Ein Verweis auf ein bestimmtes Menschenbild ist dafür sicher nicht ausreichend. Denn dann stellt sich die Frage, wie denn ein bestimmtes Menschenbild begründet ist. Worin sind Werte und daraus abgeleitete Normen letztlich begründet? Vereinfacht dargestellt

Tatsächlich sind wir durch unseren Lebensstil indirekt für einen großen Teil der Armut in der Welt mitverantwortlich, ...

gibt es auf diese Frage drei mögliche Antworten.

■ Möglichkeit 1: Gott hat die Normen erschaffen und kann sie beliebig ändern.

■ Möglichkeit 2: Sie sind vernünftig und, weil die Vernunft objektiv ist, universell gültig und

lungen zwischen den Kulturen, die evolutionären Vorteile von altruistischen Handlungen innerhalb einer abgegrenzten Gesellschaft. Dagegen spricht aber die Bedeutung des Wortes „Norm“. Angenommen, ein Mensch oder eine Gesellschaft kann sich seine bzw. ihre Regeln selbst setzen und beliebig verändern, so muss sich niemand gegen den eigenen Willen einer Norm unterwerfen. Ein Mensch kann vernünftig einsehen, dass es für die Gesellschaft am besten wäre, wenn er die Norm einhielte; aber diese Einsicht würde ihn nicht automatisch dazu verleiten auch das zu tun, was am besten für die Gesellschaft wäre, vor allem dann, wenn er persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen hätte.

Würde eine solche subjektive Ethik demnach nicht völlig ausreichen? In einem demokratischen Staat mit guten Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten verhalten sich doch die meisten Menschen gesellschaftstauglich, auch wenn sie nicht an objektive Werte oder sogar an Gott glauben. Doch dabei gibt es ein Problem: Fallen diese Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten weg, bricht Chaos aus. Man denke nur an Bürgerkriege oder auch an die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die wir die letzten Jahre in Paris und London erlebt haben. Dort haben sich in manchen Stadtteilen Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem gebildet und Polizisten trauen sich zeitweise kaum mehr hinein. Rechte existieren in einer subjektivistischen Ethik nur so lange, wie jemand da ist, der das Recht anerkennt.

... weshalb man auch für eine Pflicht zum ethischen Konsum und sozialen Engagement argumentieren kann.

für jeden Menschen einsichtig.

■ Möglichkeit 3: Wir geben uns unsere Normen selbst bzw. sie haben sich durch die Evolution entwickelt.

Die letztgenannte Möglichkeit ist – vor allem im naturwissenschaftlichen Diskurs – heute die am meisten verbreitete Auffassung. Vieles spricht dafür: Die Veränderung der Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Normen im Verlauf der Zeit, die Verschiedenheit der Wertvorstel-

Wenn ich z.B. im Iran lebe und im Einklang mit der Gesetzgebung gefoltert werde, gäbe es kein Recht, auf das ich mich beziehen könnte, wenn ich den Folterer anschreie: „Du darfst das nicht!“

Die Menschenrechte sind also ohne Bezug auf objektive – nicht vom Menschen konstruierte – Normen nicht begründbar. Sie sind ein „Affront gegen die Faktizität“. Wir glauben daran, dass es Rechte gibt, die so universell sind, dass es keinen Menschen

braucht, um das Recht anzuerkennen, damit es gültig ist. Wir glauben auch daran, dass diese Rechte vernünftig begründet werden können.

Wer objektive Menschenrechte ablehnt, kann sich nicht gegen das Recht des Stärkeren aussprechen. Ein solches führt aber letztlich zu einer Ideologie, die sich an Nietzsche anlehnt und mit dem Nationalsozialismus verwandt ist. Hitler hat sie konsequent durchgehalten: Als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, sprach er den Deutschen das Recht auf Leben ab, weil sie sich nicht als die Stärkeren erwiesen hatten.

Wenn wir die Menschenrechte aber akzeptieren, dann müssen wir auf eine der vorher genannten Möglichkeiten 1 oder 2 ausweichen: Die Normen sind universell gültig, entweder weil sie von Gott erschaffen wurden, oder weil sie vernünftig sind und die Vernunft selbst objektiv ist.

Gott, Vernunft und Moral

Wie das Verhältnis von Gott und Moral ist, wurde schon vor der Entstehung des Christentums diskutiert. Platon fragte, ob Gott etwas will, weil es gut ist, oder ob etwas gut ist, weil Gott es will. Wenn Gott durch seinen Willen allein festlegen kann, was gut ist, dann muss er uns seinen Willen auch mitteilen; durch bloßes Nachdenken kann dieser nicht ergründet werden. Gott muss daher – entweder durch Propheten, in einer Inkarnation oder durch das individuelle Gewissen – zu jedem Menschen sprechen.

Doch alle diese Ansichten wurden von der Religionskritik zur Zeit der Aufklärung stark angegriffen. Wie kann man Offenbarung von Lügengeschichten oder Halluzinationen unterscheiden? Wie kann man das göttliche Gewissen vom Freud'schen Über-Ich unterscheiden? Warum sollte man Wunderberichten glauben, wenn diese zur Bekräftigung einander widersprechender Offenbarungsansprüche in verschiedenen Traditionen geltend gemacht werden?

Die Vorstellung von einem Gott, der den unwissenden Menschen mitteilt, was gut und was böse ist, ist trotzdem noch weit verbreitet. Viele Menschen verschiedener Religionen glauben,

eine bestimmte Botschaft sei von Gott diktiert und der Mensch müsse die enthaltenen Normen – ohne sie hinterfragen zu dürfen – bedingungslos annehmen und umsetzen. Andere haben ein blindes Vertrauen in ihr Gewissen oder Bauchgefühl, ohne die Folgen ihrer Handlungen wirklich zu durchdenken und abzuwägen.

sondern ist Teil des göttlichen Wesens: Gott ist die Vernunft. Gottes Allmacht geht daher nur soweit, dass Gott nichts logisch Widersprüchliches oder seinem Wesen Widersprechendes tun kann. Er kann – um ein berühmtes Bild zu verwenden – weder einen Stein erschaffen, der so schwer ist, dass er ihn selbst nicht heben kann, noch kann er durch

nomen Werten zählt, das akzeptieren mittlerweile auch (bzw. wieder) große Teile der christlichen Kirche. Das Werk „Autonome Moral und christlicher Glaube“ des Tübinger Theologen Alfons Auer gilt heute als Standardwerk der Moralthologie.

Doch hier sehen wir einen eklatanten Widerspruch zwischen der Gleichsetzung von Menschenwürde mit christlichen Werten einerseits und reflektierten theologischen Auffassungen andererseits. Während die Gleichsetzung häufig von CDU-Politikern vertreten wird, sagt die Theorie der autonomen Moral, dass die Inhalte der Ethik gerade nicht im Glauben begründet werden dürfen. Gründete man die Normen im Glauben, wäre der Ungläubige demnach gar nicht zum rechten Handeln fähig.

Vernünftiges Handeln und gute Taten

Es gibt folglich nicht christliche und nicht-christliche Normen, sondern nur vernünftige Normen. Christliche Werte können darüber hinausgehen, aber diesen niemals widersprechen. Vernünftige Normen sind die Basis, die alle Menschen erkennen können und denen alle Menschen verpflichtet sind. Dazu gehören die Menschenrechte als Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber anderen Menschen oder dem Staat und auch das Recht auf Eigentum.

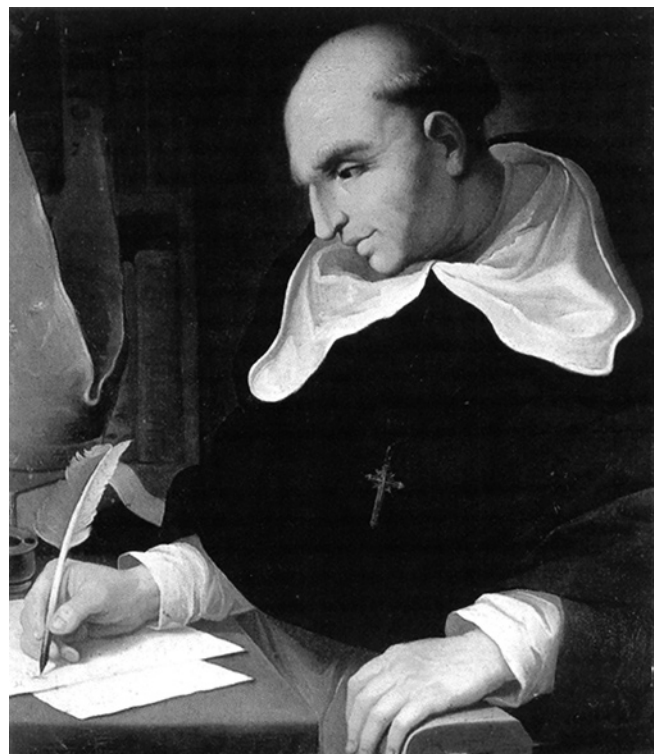
Nicht eindeutig darunter fällt jedoch, was wir heute unter den sozialen Menschenrechten verstehen, manchmal auch als Menschenrechte der 2. Generation beschrieben: Anspruchs- und Teilhaberechte, die dem einzelnen Menschen das Recht auf Nahrung, auf soziale Sicherheit, auf Erholung und Freizeit, das Recht auf Ausbildung und Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität garantieren, dazu auch das Recht auf politische Mitbestimmung und Teilhabe am kulturellen Leben. Warum sollten wir fremden Menschen helfen? Sind wir dazu verpflichtet, einem Hungernden Nahrung zu geben, wenn wir keine Mitschuld an dessen Armut tragen? Sind wir dazu verpflichtet, uns in Vereinen und Parteien für Mensch, Tier und Umwelt zu engagieren, auch wenn wir dafür

Jesus sagt nicht, ob wir Bankenspekulation, Abtreibung oder Präimplantationsdiagnostik zulassen sollten. Das müssen wir durch vernünftige Abwägung klären.

In der christlichen Tradition wurde viel über die Rolle der Vernunft im Glauben und in der Ethik gestritten. Die franziskanische Schule vertrat im 13./14. Jahrhundert, das Gute sei vollständig von Gottes Willen abhängig. Durchgesetzt haben sich aber die Anhänger des Dominikaners Thomas von Aquin, der dafür eintrat, dass Gott das Gute will, eben weil es gut und vernünftig ist. Die Vernunft selbst sei dabei nicht Gottes Willen unterworfen,

seine Willensentscheidung festlegen, dass das Böse zukünftig gut und das Gute zukünftig böse sei.

Mit einem solchen Gottesbild sind wir nicht mehr auf eine Offenbarung angewiesen, um zu wissen, was gut und böse ist. Jeder Mensch kann mithilfe seines Verstandes die Rechte und die Pflichten, die ihm als Mensch von Natur aus zukommen, herausfinden. Dass es solche autonomen Werte gibt, und dass die Menschenwürde zu diesen auto-



Bartolomé de Las Casas (1484-1566) war Mitglied des Dominikanerordens und Bischof in den spanischen Kolonien Mittelamerikas. Bekannt wurde er durch seinen Einsatz für die Rechte der Indios. Seine Werke beinhalten einige der frühesten Anklagen gegen den Völkermord an den amerikanischen Ureinwohnern durch die Konquistadoren.

Wikipedia

persönliche Nachteile in Kauf nehmen müssen, zum Beispiel unser Privatleben vernachlässigen?

Solch eine Pflicht lässt sich nicht aus den Menschenrechten ableiten. Tatsächlich sind wir durch unseren Lebensstil indirekt für einen großen Teil der Armut in der Welt mitverantwortlich;

aleinschnitte der Hartz-Reform und die immer noch bestehende Kinder- und Bildungsarmut in Deutschland; aber wir müssen im Auge behalten, dass nicht der Staat die Sozialleistungen zahlt, sondern die gesamte Gesellschaft. In einer Demokratie, die keine sozialen Menschenrechte garantiert, könnten die Sozialleistun-

Gottes Ebenbild geschaffen ist, gibt die Offenbarung in Jesus Christus also Auskunft über uns selbst, zeigt uns, was das Wesen des Menschen ist.

Die oft gestellte Frage „Was würde Jesus tun?“ ist also sehr relevant in der Frage nach dem christlichen Menschenbild. Und dabei gehen wir nicht davon aus, dass Jesus von Nazareth göttliche Eingebungen hatte, dass der Vater dem Sohn moralische Regeln diktiert; in diesem Fall wäre Jesus nicht, wie das Dogma lautet, ganzer Mensch und ganzer Gott. Um ganz Mensch zu sein, musste Jesus auf natürlichem Wege – und das ist der Weg der Vernunft, des Nachdenkens, des Abwägens und des Schlussfolgerns, vor dem Hintergrund der jüdisch-römischen Kultur, in der er lebte – zu seinen Überzeugungen gelangt sein. Jede übernatürliche Kraft, auch bezüglich seines Wissens, würde dazu führen, dass er nicht mehr zu einhundert Prozent Mensch ist, sondern eine Art Übermensch oder ein auf der Erde wandelnder Gott.

Obwohl immer wieder versucht wird, für jede ethische Frage biblische Unterstützung zu finden, sagt das Vorbild Jesu oder derer, die ihm nachfolgten, nichts darüber aus, ob wir Bankenspekulation, Abtreibung oder Präimplantationsdiagnostik zulassen sollten. Diese Fragen müssen wir durch vernünftige Abwägung

Eine gerechte Weltgesellschaft lässt sich nur dann erreichen, wenn wir in den westlichen Ländern massiv Konsumverzicht üben, was die ÖDP seit langem betont. Dieses Ziel können wir nur umsetzen, wenn wir alle, die wir uns den katastrophalen Folgen unseres übermäßigen Ressourcenverbrauchs, des Klimawandels und des Verletzens von Menschenrechten weltweit bewusst sind, viel Energie und Zeit für das politische Engagement nehmen, um dagegen anzukämpfen.

Fazit: Christlicher Glaube motiviert zur Vernunft

Das christliche Menschenbild vermittelt uns nicht konkrete Werte, die wir – wie die Menschenwürde – ja auch vernünftig erschließen können, sondern ist der Garant für die Objektivität der Vernunft und die existentielle Motivation zur Vernunft. Es ist Antwort auf die Frage „Warum soll ich überhaupt vernünftig handeln?“ und deshalb für die Ethik unerlässlich.

Wer ein christliches Menschenbild vertritt, macht sich bei komplizierten Fragen, ob sie in den Bereich des Lebensschutzes, der Ökologie, der Finanzkrise oder der persönlichen Lebensgestaltung fallen, viele Gedanken, informiert sich über die Folgen für alle auf Erden lebenden Menschen, im Jetzt und in der Zukunft

Der christliche Glaube liefert die Antwort auf die Frage: „Warum soll ich überhaupt vernünftig handeln?“ und ist deshalb für die Ethik unerlässlich.

deshalb kann man, selbst wenn man nur die Pflicht andere nicht zu verletzen annimmt, für eine Pflicht zum ethischen Konsum und sozialen Engagement argumentieren.

Doch sind wir zur Selbstlosigkeit verpflichtet? Es scheint eher Handlungen zu geben, die gut sind, aber nicht verpflichtend. Diese werden von Thomas von Aquin als supererogatorische Handlungen bezeichnet. Heilige sind nicht dadurch besonders, dass sie ihre Pflichten erfüllt haben, während alle Nicht-Heiligen keine guten Menschen sind, sondern Heilige haben sowohl ihre Pflichten erfüllt als auch viele weitere selbstlose Werke der Liebe vollbracht, viele sind sogar für ihren Glauben oder für ihre Mitmenschen in den Tod gegangen.

Wenn wir also sagen, unser Staatswesen basiere auf dem christlichen Menschenbild, meinen wir, dass es nicht funktionieren würde, wenn der Staat nur die grundlegenden Menschenrechte garantierte und sonst jeder einzelne bzw. jede Familie oder jeder Clan nur seinen eigenen Nutzen verfolgte.

Wir kennen einen solchen Ansatz durchaus vom starken politischen Liberalismus, den viele Republikaner in den Vereinigten Staaten verwirklichen wollen: Der Staat soll nur die Sicherheit der Person und des Eigentums garantieren und wirtschaftliche Monopole verhindern. Der Sozialstaat ist damit aber nicht vereinbar, er ist Folge eines christlichen Menschenbildes, er ist quasi die institutionalisierte Nächstenliebe. Diese Bezeichnung mögen viele für ungerechtfertigt halten, denkt man an die massiven Sozi-

gen theoretisch immer weiter heruntergefahren werden.

Mit sozialen Institutionen ist die christliche Soziallehre lange nicht erschöpft: Wenn sich in Deutschland niemand engagieren würde, ob in Parteien und Gewerkschaften, in Naturschutzvereinen, Kirchengemeinden, Kultur- und Musikvereinen, im freiwilligen sozialen Jahr oder im Bundesfreiwilligendienst, dann könnte unsere Gesellschaft nicht stabil funktionieren.

Normen sind keine Glaubensinhalte

In der Theologie des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff der Offenbarung völlig neu betrachtet. Früher hat man sich vorgestellt, Offenbarung bedeute, dass Gott



Johannes Grössl

Jahrgang 1985, studierte Katholische Theologie und Philosophie in München und Harvard. Zurzeit arbeitet er als Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Fundamentaltheologie der LMU München und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Forschungsprojekt „Analytische Theologie“ der Universität Innsbruck. 2005 trat er in die ÖDP ein und ist seither Vorstandsmitglied im Bezirksverband München. Am 13.09.2011 hielt er in München den Vortrag „Christliches Menschenbild, Aufklärung, Humanismus – Worauf basieren die Werte unserer Gesellschaft?“, der Grundlage dieses Artikels ist.

Kontakt: www.johannes-groessler.de

oder ein von Gott legitimer Engel oder Prophet direkte Anweisungen an die Menschen übergibt, was sie tun und was sie lassen sollen, was gut und was schlecht ist. Heute versteht man – zumindest in der liberalen katholischen und protestantischen Theologie – darunter eher eine Selbstmitteilung Gottes; die Bibel selbst ist menschliches Zeugnis der Offenbarung, die Jesus Christus ist. Da der Mensch nach

selbst klären. Das Vorbild Jesu sagt aber, dass, wenn wir, unter Einbeziehung der Folgen für alle lebenden und zukünftigen Menschen, die vernünftige Antwort gefunden haben, wir diese auch umsetzen und dafür einstehen, selbst wenn es uns persönliche Nachteile bringt. Bei Jesus war dieser persönliche Nachteil der Tod am Kreuz; heute sind die Nachteile zum Glück viel gering-

und wägt ab. Diese Abwägung macht sie oder er „im Zweifel für die Sicherheit“, das heißt unter Vermeidung von existentiellen Risiken für sich und andere; Wirtschaftliche oder persönliche Nachteile müssen dabei in Kauf genommen werden. Vernünftige Normen sind global und universell, und mir scheint es, dass in der ÖDP fast alle so denken – ob sie sich nun als Christen bezeichnen oder nicht. ■